

Ad-hoc-Schiedsgericht: Schiedsgerichte können ad hoc (aus dem Augenblick heraus) ohne die Hilfe einer externen Stelle eingerichtet werden. Das Organisieren der Schiedsrichterbenennung und des Verfahrens ist dann Sache der Parteien. Sie einigen sich auch auf die Verfahrensregeln, die Bezahlung der Schiedsrichter und den Ort des Verfahrens. (Seite 36)

ALTER-EU (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation): Zusammenschluss von rund 200 NGOs, Gewerkschaften, öffentlichen Einrichtungen und WissenschaftlerInnen, die sich gegen den zunehmenden Einfluss von Unternehmenslobbying in der EU engagieren und für rasche Reformen zum Schutz von KonsumentInnen, Umwelt und Demokratie einsetzen. (Seite 17)

Austerität: Disziplin, Sparsamkeit; Budgetpolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt. (Seite 20)

Beschäftigungsquote: Der Anteil der erwerbstätigen Personen zwischen 15 und 64 Jahren an der Bevölkerungskohorte im gleichen Alter betrug im dritten Quartal 2014 in Österreich 73,4 Prozent (Ziel: 77–78 Prozent), im EU-Durchschnitt 65,5 Prozent. Über der von der EU angestrebten 75-Prozent-Marke lag nur Schweden mit 76,5 Prozent. (Seite 20)

Blüm, Norbert: ehemaliger deutscher CDU-Politiker, geb. 1935, von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, heute als Kabarettist und Autor tätig. (Seite 44)

Corporate Europe Observatory (CEO): NGO mit Sitz in Amsterdam und Brüssel, welche den Einfluss von Konzern-Lobbying auf die EU sichtbar machen will. (Seite 16)

Corporate Governance: Ordnungsrahmen für die verantwortungsvolle Leitung und Überwachung von (börsennotierten) Unternehmen. Das unternehmensspezifische Corporate-Governance-System besteht aus der Gesamtheit relevanter Gesetze, Richtlinien, Kodizes, Absichtserklärungen, Unternehmensleitbild und Gewohnheit der Unternehmensleitung und -überwachung. Der Österreichische Corporate Governance Kodex wurde 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt und aufgrund der internationalen und nationalen Entwicklungen bereits mehrmals angepasst. (Seite 18)

Delors, Jacques: französischer Politiker der Sozialistischen Partei Frankreichs, geb. 1925; 1981–1984 Wirtschafts- und Finanzminister, 1985–1995 Präsident der Europäischen Kommission. (Seiten 11 und 21)

Energy Charter: 1991, nach dem Ende des „Kalten Krieges“, entstandenes Abkommen zur grenzüberschreitenden Kooperation auf dem Energiesektor mit Sitz in Brüssel und rund 50 Mitgliedern, darunter auch Österreich und die EU. (Seite 36)

Entsenderichtlinie: Ziel dieser 1996 von der EU erstellten Richtlinie war ein rechtlicher Rahmen für grenzüberschreitende Dienstleistungen innerhalb der EU. Entsendete ausländische ArbeitnehmerInnen

müssen nach ortsüblichen Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. In der Entsenderichtlinie gilt nicht das heftig umstrittene Herkunftslandprinzip, sondern das Bestimmungslandprinzip. Dieses wird aber nicht selten aufgeweicht durch Scheinselbstständigkeit, juristische Hürden bei Beschwerden durch ArbeitnehmerInnen, Lücken im Informationsaustausch etc. (Seite 22)

EU-2020-Strategie: Wirtschaftsprogramm der EU, das im Juni 2010 nach Vorschlag der Kommission vom Europäischen Rat verabschiedet wurde und als Nachfolgeprogramm der Lissabon-Strategie gilt. In den fünf Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, soziale Integration und Klima/Energie wurden Kernziele festgelegt, die in jedem EU-Staat in eigene nationale Ziele umgesetzt wurden. Für Österreich sind die Ziele bis 2020 unter anderem: 77 bis 78 Prozent Beschäftigungsquote; 3,76 Prozent des Budgets für Forschung und Entwicklung (3 Prozent); CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 minus 16 Prozent (EU: minus 20 Prozent); Senkung der SchulabbrecherInnenquote auf 9,5 Prozent (EU: 10 Prozent); AkademikerInnenquote unter den 30- bis 34-Jährigen mindestens 38 Prozent (EU: 40 Prozent). Reduzierung des Anteils der ÖsterreicherInnen unter der nationalen Armutsgrenze um 235.000 Personen. EU-weit sollen 20 Mio. BürgerInnen der Armut entkommen. (Seite 23)

Europäische Investitionsbank (EIB): Bank der EU, deren Anteilseigner die Mitgliedstaaten sind; Hauptsitz in Luxemburg, insgesamt mehr als 2.000 MitarbeiterInnen weltweit. Die Vergabe von Darlehen und damit verbundene Beratungsleistungen machen die Haupttätigkeit der Bank aus. In der Regel finanziert die EIB ein Drittel der Kosten eines Projekts. Ihr Beitrag kann jedoch bis zu 50 Prozent betragen. Den Großteil der für ihre Darlehen benötigten Mittel nimmt die EIB durch die Emission von Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten auf, Finanzierungsvolumen 2013: 71,7 Mrd. Euro. www.eib.org (Seite 45)

Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFISI): Im Jänner 2015 von der EU-Kommission beschlossener Fonds, der in enger Partnerschaft mit der Europäischen Investitionsbank errichtet wird. Der Fonds ist das Herzstück von Präsident Junckers Investitionsoffensive, über die mindestens 315 Mrd. Euro für private und öffentliche Investitionen in der gesamten EU mobilisiert werden sollen. Gefördert werden insbesondere strategische Investitionen, zum Beispiel in Breitband- und Energienetze. (Seite 13)

Europäisches Reformbündnis: Bezeichnung für jene wirtschaftspolitischen Player, die auf europäischer Ebene den Ton angeben, also vor allem die Europäische Kommission, die deutsche Regierung und andere neoliberal ausgerichtete RegierungsvertreterInnen im Europäischen Rat sowie EZB-VertreterInnen. (Seite 14)

Generaldirektion für Unternehmen und Industrie: Die EU-Generaldirektionen (GD, auch DG für Directorate General) als Verwaltungseinheiten der Euro-

päischen Kommission sind im Prinzip mit nationalen Ministerien vergleichbar. Allerdings sind die einzelnen GDs jeweils EU-KommissarInnen zugeordnet, aber ein Kommissionsmitglied kann mehreren Generaldirektionen vorstehen. Die GD für Unternehmen und Industrie – seit Ende 2014 GD für den Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (kurz GROWTH) – wird geleitet von Generaldirektor Daniel Calleja, zuständiges Kommissionsmitglied ist die Polin Elżbieta Bieńkowska. (Seite 18)

Goldman Sachs: weltweit tätiges Finanzdienstleistungsunternehmen, das hauptsächlich mit Großunternehmen und institutionellen Investoren zusammenarbeitet, gegründet 1869, Hauptsitz in New York City. (Seite 16)

Harmonisierte Körperschaftssteuer: Nachdem bereits die Umsatzsteuer in der EU vereinheitlicht wurde, wird seit Längerem auch über die Harmonisierung der Körperschaftssteuer diskutiert, allerdings gibt es Widerstände von einigen Staaten, etwa von Irland und der Slowakei. (Seite 45)

HSBC (Hongkong & Shanghai Banking Corporation Holdings PLC): International agierende Großbank mit Sitz in London. HSBC musste 2012 1,9 Mrd. Dollar Bußgeld wegen zu laxer Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche bezahlen. Aktuell sind Unterlagen bekannt geworden, nach denen die Schweizer Filiale mit Steuerhinterziehung und Drogengeldern in Verbindung gebracht wird. (Seite 16)

iAGS: Der unabhängige Jahresswachstumsbericht (independent Annual Growth Survey) wurde heuer zum dritten Mal, u. a. mit Unterstützung von AK und Europäischem Parlament veröffentlicht. www.iags-project.org (Seite 15)

London Stock Exchange (LSE): Londoner Börse, gegründet 1698 und eine der ältesten Börsen Europas. (Seite 16)

Lux-Leaks: Kurzbezeichnung für die 2014 durch Insider ermöglichte Veröffentlichung von Vereinbarungen zwischen luxemburgischem Finanzamt und einigen Großkonzernen, die während der Amtszeit des derzeitigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker als luxemburgischer Finanzminister abgeschlossen wurden und den Konzernen Milliarden an Steuern ersparten. (Seite 45)

Piketty, Thomas: In seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ thematisiert der französische Wirtschaftswissenschaftler die Vermögens- und Einkommensungleichheit. (S. 15)

Riester-Rente: staatlich geförderte, privat finanzierte Rente in Deutschland, Namensgeber ist Walter Riester, der als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1998–2002) für diese Form der privaten Vorsorge plädierte. (Seite 44)

Santander: Die Banco Santander ist eine international agierende Großbank mit Hauptsitz in Madrid, zweitgrößtes Kreditinstitut Europas. (Seite 16)

UBS: Schweizer Großbank, gegründet 1862, sie zählt zu den weltweit größten KreditgeberInnen. (Seite 16)